

«Kein Wildwest auf den Strassen»

Grosser Rat will den rechtlichen Status des Online-Fahrdienstes Uber klären

Von Jonas Hoskyn

Basel. Der Online-Fahrdienst Uber sorgte gestern im Grossen Rat für hitzige Diskussionen. Auf der Traktandenliste stand eine Petition aus Gewerkschaftskreisen, welche ein Verbot des Unternehmens forderte. Kritisiert wurde vor allem, dass die Fahrer, welche über das Smartphone bestellt werden, von Uber zum Schein als Selbstständige ausgewiesen werden. Damit müssen weder die branchenüblichen Regulierungen eingehalten noch Sozialabgaben entrichtet werden.

«Uber verfolgt ein Geschäftsmodell, das auf der Umgehung der bestehenden Gesetze beruht», sagte SP-Grossrat Pascal Pfister. «Uber ist eine neue Wirtschaftsform und das braucht neue Regeln. Wir wollen keine Abschottung, aber auch kein Wildwest.» Es gehe bei

der Frage auch um das Thema Verkehrssicherheit, etwa wenn Ruhezeiten nicht eingehalten werden. Auch Harald Friedl vom Grünen Bündnis unterstützte die Forderung der Petition, dass die Regierung Uber genau unter die Lupe nehmen solle: «Uber bezahlt in Basel weder Steuern noch Mehrwertsteuern, obwohl sie hier gutes Geld verdienen.»

«Die Plattform wird verteufelt»

Auch viele bürgerliche Politiker votierten dafür, dass die Petition an die Regierung überwiesen werde: «Wir wissen nicht, ob hier alles im grünen Bereich ist», sagte Dieter Werthemann von der GLP. Deshalb wolle er, dass ein Bericht die offenen Fragen klärt. Auch Thomas Strahm (LDP) sagte: «Eine klärende Antwort zur Frage der Gewerbmässigkeit ist nötig.» Gleichzeit appellierte er an die Behörden, mit Augen-

mass und Vernunft vorzugehen und nicht «mit gewerkschaftlichem Fanatismus Jagd auf Studenten zu machen».

Nur eine Minderheit stellte sich gegen die Petition: «Man kann Sachverhalte verbieten, aber nicht einzelne Firmen», sagte Stephan Mumenthaler (FDP). Auch SVP-Grossrat Alexander Gröflin sagte: «Die Plattform wird verteufelt. Aber es ist nur eine neue Technologie. Spätestens wenn die Autos selbst fahren können, wird eine schützende Hand vom Staat nicht mehr möglich sein.» Die Petition wurde schliesslich klar der Regierung überwiesen.

Der rechtliche Status von Uber ist schweizweit ein Thema. Zuletzt hatte die Unfallversicherung Suva die Fahrer als nicht Selbstständige definiert. Allerdings wären auch für Basler Fahrer die Zürcher Behörden zuständig, da Uber dort seinen Sitz hat. **Seite 2**